



An die Vertreterinnen
und Vertreter der Presse

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-2620
Fax: (0211) 884-3223
E-Mail: serdar.yueksel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 4. September 2015

Pressemitteilung

Unterbringung von Flüchtlingen- Yüksel appelliert an private Wohnungseigentümer

Die Kommunen in NRW suchen momentan dringend Wohnraum für Flüchtlinge — auch in Bochum und Wattenscheid wird händeringend nach Unterbringungsmöglichkeiten gesucht. Zentrale Aufnahmestellen sind für die Anwohner wie auch für die Geflüchteten eine Herausforderung. „Die Unterkünfte in kasernenhaften Gebäuden, Containern, Zelten könnten provisorischer kaum sein“, so der Landtagsabgeordnete Serdar Yüksel (SPD). Er fordert daher, zugeteilte Flüchtlinge stärker dezentral über das gesamte Stadtgebiet zu verteilen.

Dabei möchte Yüksel, dass energischer als bisher auf die privaten Vermieter und die Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften zugegangen wird: „Ich möchte daher alle privaten Vermieter, Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften aufrufen, den derzeit verfügbaren leerstehenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen und gemeinsam mit der Politik die langfristige Errichtung von neuem, bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen.“ Denn trotz der hohen Nachfrage hat Bochum eine hohe Leerstandsquote, derzeit stehen rund 5000 Wohnungen im gesamten Stadtgebiet leer. Viele der Objekte würden seit längerer Zeit nicht bewohnt. „Somit wird keinem anderen Bürger dieser Stadt eine Wohnung weggenommen“, so Yüksel. Laut Yüksel sei diese Form der Unterbringung die günstigste aller Wohnformen: „Die Container-Lager kosten rund 55 Euro Miete pro Quadratmeter – das übersteigt den durchschnittlichen Wohnpreis in Bochum um das zehnfache!“

Der Landtagsabgeordnete ist überzeugt, dass die Verteilung über das gesamte Stadtgebiet im Vergleich zu einer zentralen Unterbringung die Integration und das Miteinander Schutz suchender Menschen fördere. Yüksel lobt dabei insbesondere das freiwillige Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger. Sie gäben den Menschen, die vor Krieg, Repression und Terror Schutz suchten, ein klares Zeichen: "Ihr seid Willkommen!" Diese Arbeit sei ein Paradebeispiel für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und muss durch Politik und Zivilgesellschaft gefördert und unterstützt werden“, so Yüksel abschließend. Interessierte Mieter könnten sich bei der Stadtverwaltung beim Amt für Soziales melden.